

# Die Frauen ziehen nach, bleiben aber ohne Arbeit

**Potenzial für die Wirtschaft** 40'000 Personen wandern jedes Jahr ein, weil ein Familienmitglied hier ist. Die Hälfte von ihnen sind Frauen im Erwerbsalter. Sie scheitern auf dem Arbeitsmarkt.

Fabienne Riklin

Der Familiennachzug ist in der Schweiz der zweithäufigste Einwanderungsgrund. Mehr als 42'000 Menschen reisten vergangenes Jahr so ein. Die grösste Gruppe von ihnen sind Frauen, die auf diesem Weg ihren vorgegangenen Partnern folgen. Zwischen 17'000 und 22'000 sind es jährlich. Bis jetzt flogen sie unter dem Radar der Politik. In der Debatte um die 10-Millionen-Schweiz ändert sich das gerade.

So hat der Bundesrat im Juni bekannt gegeben, dass er das Arbeitspotenzial aus dem Familiennachzug «besser ausschöpfen will». Konkret möchte er einerseits den Bildungshintergrund der Einreisenden erfassen. Andererseits sollen die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen vor Ort sie zum Gespräch einladen. Dies, um «über Wege zur beruflichen Integration zu informieren und rascher zu erkennen», was sie jobspezifisch mitbringen.

Tatsächlich zeigt sich heute: Den Frauen aus dem Familiennachzug gelingt der Anschluss in die Berufswelt oft nicht. Fast die Hälfte hat acht Jahre nach der Einreise noch kein Einkommen oder nur ein sehr geringes von unter 12'000 Franken pro Jahr. Nur jede Fünfte verdient jährlich über 48'000 Franken. Anders bei den Männern aus dem Familiennachzug. Dort verdient die Hälfte so viel. Dies hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass) 2020 ausgewertet.

«Wir müssen die Situation dieser Frauen verbessern», sagt Daniel Lampart, Chefökonom und Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. «Es ist nicht gut, wenn die Mehrheit der Frauen aus dem Familiennachzug als Hilfskräfte tätig ist oder ganz ohne Arbeit bleibt», sagt er.

Besonders gross ist das Risiko für Zuzügerinnen aus Drittstaaten, also solchen ausserhalb der EU und der Efta (Norwegen, Island, Liechtenstein), den Anschluss nicht zu finden. Dabei machen sie etwa die Hälfte der Frauen aus, die im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz kommen. Vergangenes Jahr zählten zu den grössten Gruppen aus Drittstaaten jene Frauen aus Kosovo, Nordmazedonien, Brasilien, Indien, Rumänien oder der Türkei. Die Mehrheit verdient nie mehr als 3000 Franken im Jahr.

## Oft fehlen die Diplome zur Arbeitsmarktintegration

Für Lampart ist ein wichtiger Teil der Begründung, dass sie keine Schweizer Ausbildung haben. «Viele der Frauen finden eine Stelle in einem Alters- oder Pflegeheim. Doch dort arbeiten sie häufig in Hilfsjobs.» Um eine Stelle zu finden, müssten sie erst den Abschluss nachholen. Dies würde bedeuten, dass sie zum Beispiel eine Lehre zur Fachfrau in den Bereichen Betreuung oder Pflege absolvieren.

«Die volle Lehre nachzuholen, ist oftmals finanziell und familiär nicht möglich», sagt Lampart. Er plädiert deshalb dafür, die Ausbildung zu verkürzen, sodass



Kurz nach der Einreise eine Familie gründen: Die frühe Kinderbetreuung erschwert die Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich. Foto: Keystone

die Frauen nur noch jene Qualifikationen nachholen müssen, die ihnen noch fehlen. «Häufig haben sie viel Berufserfahrung.» Doch wer kein passendes Diplom habe, werde auch keine Weiterbildung besuchen können und habe entsprechend keine Chance auf ein besseres Gehalt.

Erschwerend kommt hinzu: Ein erheblicher Teil der Frauen gründet bereits kurz nach der Einreise eine Familie. Diese frühe Kinderbetreuung erschwert die

Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich. Statt sich um einen Job zu kümmern, sind sie dann für die Kinder und den Haushalt da.

## Jede vierte Zuzügerin verlässt die Schweiz wieder

Wer zudem innerhalb der ersten zwei Jahre nach Ankunft in der Schweiz keine Stelle findet, bekommt später wahrscheinlich keine oder nur eine sehr schlecht bezahlte. «Es

muss also im Interesse der Schweiz sein, die zugezogenen Familienangehörigen so rasch wie möglich in die Arbeitswelt einzugliedern», sagt Lampart. Allerdings zeigt die Bass-Studie auch, dass jene, die während des gesamten Aufenthalts nie ein Erwerbseinkommen hatten, unter den ausgereisten Personen übervertreten sind. Insgesamt verlässt ein Viertel der Frauen in den ersten acht Jahren die Schweiz wieder.

Wie eine Einbindung in den Arbeitsmarkt gehen kann, zeigt Finnland. Seit 1999 bietet das Arbeitsamt dort sämtliche Einwanderer zum Gespräch auf. In eineinhalb Stunden ermittelt die Berufsberaterin, welche Qualifikationen die Zuzügerin mitbringt und was sie braucht, um eine Stelle zu finden. In der Mehrheit der Fälle sind es Sprachkurse oder On-the-Job-Trainings, aber keine Schulungen, wie man sich am besten bewirbt.

Das Modell ist erfolgreich, wie verschiedene Evaluationen zeigen. So kostet zwar das Erstgespräch 100 Euro. Die weiteren Massnahmen belaufen sich durchschnittlich auf 15'000 Euro pro Person. Doch jene, die das Programm durchlaufen haben, fanden Arbeit und verdienten im Schnitt 2000 Euro pro Jahr mehr.

## Mehr Aufmerksamkeit von der Politik

Dominik Hangartner ist Professor für Politikanalyse an der ETH Zürich und hat sich das finnische Modell genauer angeschaut. Er sagt: «Ein solches Willkommensgespräch wäre auch hierzulande gerade für Frauen aus dem Familiennachzug sinnvoll.» Natürlich liege es im Ermessen jeder einzelnen Familie, ob die Frau arbeiten möchte. «Doch so könnten auf jeden Fall jene abgeholt und unterstützt werden, die gerne berufstätig sein wollen.»

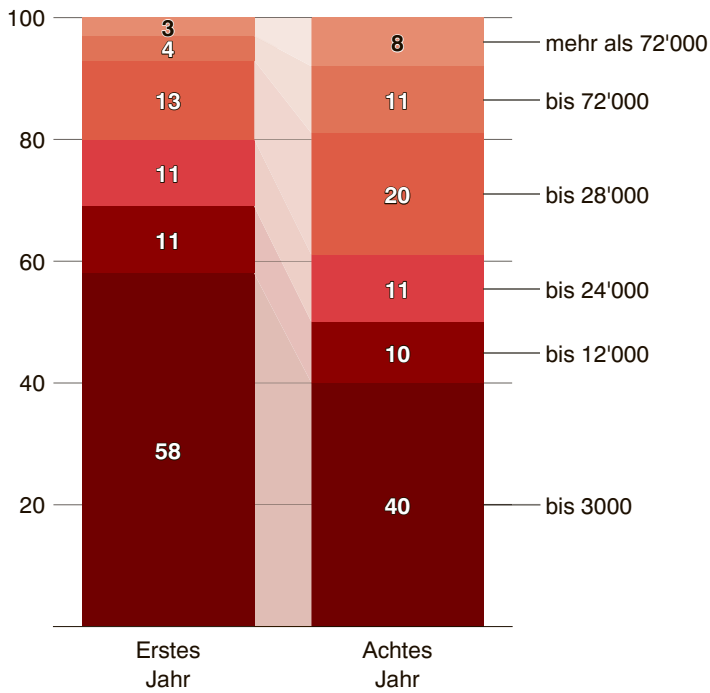
Für den Migrationsforscher Hangartner steht fest: «Frauen, die über den Familiennachzug in die Schweiz kommen, sollten von der Politik wie der Wissenschaft künftig mehr Aufmerksamkeit bekommen.»

In manchen Gemeinden im Kanton Zürich gibt es für Zuzüger bereits ein persönliches Begrüssungsgespräch. Allerdings hat dieses nicht explizit die Integration in den Arbeitsmarkt zum Ziel. Dennoch zeigt sich: Einreisende fühlen sich willkommener, sie sind besser informiert und besuchen eher einen Deutschkurs.

Vom Arbeitgeberverband wird geschätzt, dass der Wirtschaft in zehn Jahren rund 460'000 Vollzeitbeschäftigte fehlen werden. Gerade bei den Frauen sowie bei den über 65-Jährigen bestehe ein Hebel, um den Bedarf zu decken. Mit entsprechenden Massnahmen könnten allein mit Schweizer und ausländischen Frauen 48'000 Vollzeitäquivalente geschaffen werden.

## Je länger sie hier sind, desto höher ist ihr Einkommen

Anteil der Frauen aus dem Familiennachzug im ersten und im achten Jahr nach ihrer Einwanderung, nach Einkommensklasse in Prozent (gerundet).



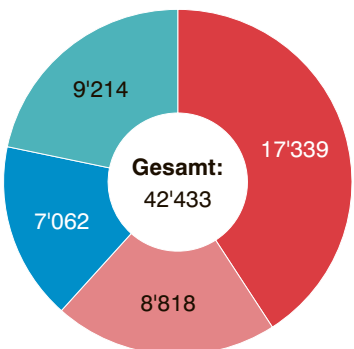
Die Studienautoren untersuchten die Gehaltsentwicklung von 2010 bis 2017.

Grafik: Fabrik / Quelle: Büro Bass

## Die grösste Gruppe sind Frauen im erwerbsfähigen Alter

Anzahl Personen, die vergangenes Jahr via Familiennachzug in die Schweiz umsiedelten.

- Frauen 18–64** (17'339)
- Mädchen und Seniorinnen** (8'818)
- Männer 18–64** (7'062)
- Knaben und Senioren** (9'214)



Grafik: Fabrik / Quelle: SEM

## Nationalrat lehnt 10-Millionen-Initiative ohne Gegenvorschlag ab

Nach der elfstündigen, auf zwei Tage verteilten Debatte zur 10-Millionen-Initiative lehnte der Nationalrat gestern das SVP-Volksbegehren mit 121 zu 64 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Nein sagte der Rat auch zum direkten Gegenvorschlag der Mitte, und zwar mit 161 zu 30 Stimmen.

Insgesamt meldeten sich am Montag und gestern über 100 Nationalrätinnen und Nationalräte zu Wort. Dabei zeichneten die Vertreter der SVP das Bild einer Schweiz, die wegen der Zuwanderung zubetoniert wird, deren Bevölkerung kaum mehr Wohnungen findet, im Stau und in vollen Zügen steht sowie unter grassierender Kriminalität leidet. Abhilfe biete ihre «Nachhaltigkeitsinitiative», die die Zahl der Einwohner begrenzen will.

Die Gegner warnten vor katastrophalen Folgen der Initiative. Die Schweiz würde die bilateralen Abkommen mit der EU verlieren, dadurch massiven wirtschaftlichen Schaden erleiden und könnte die dringend benötigten

Fachkräfte nicht mehr rekrutieren. FDP-Vertreterinnen und -Vertreter bezeichnen das Volksbegehren deshalb als «Kündigungsinitiative».

Die Linke kritisierte die SVP-Initiative als fremdenfeindlich und spalterisch. Die von der SVP beklagten Missstände hätten nichts mit der Zuwanderung zu tun, sondern seien eine Folge der Tiefsteuerpolitik und der Weigerung, etwas gegen missbräuchlich hohe Mieten und unsoziale Krankenkassenprämien zu unternehmen.

Auch der Bundesrat lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Die Rezepte der SVP seien unbrauchbar und gefährlich, sagte Justizminister Beat Jans. «Sie löst keine Probleme, sondern gefährdet den Wohlstand und die Sicherheit.» Die Schweiz würde sich bei einem Ja isolieren und müsste zahlreiche internationale Abkommen kündigen.

Die Initiative wird nun noch vom Ständerat behandelt, bevor sie Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt wird. (br)